

## **Leitlinien der BAG ÖPNV zur wettbewerblichen Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen nach Art. 5 Abs. 3 VO 1370/07**

### **§ 1 Aufruf zum Wettbewerb**

Der Aufgabenträger gibt frühestens 1 Jahr nach der Vorabveröffentlichung gemäß Art. 7 Abs. 2 VO 1370/07

- a) den Termin der Betriebsaufnahme und die Laufzeit des öffentlichen Dienstleistungsauftrags
- b) die Bezeichnung (Anschrift) der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen angefordert werden können
- c) die Gebühr für die Bereitstellung der Vergabeunterlagen
- d) den Termin zur Abgabe des Dienstleistungsangebotes bei der Vergabestelle (Antragsfrist)

im Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften bekannt.

### **§ 2 Vergabeunterlagen**

- (1) Die Vergabeunterlagen konkretisieren die im Nahverkehrsplan niedergelegten Anforderungen an eine ausreichende Verkehrsbedienung für das betreffende Gebiet und treffen mindestens Aussagen zu:
- a. Linienweg und Mindesterschließung
  - b. Bedienungshäufigkeiten (Mindesttaktichte)
  - c. Mindestbedienung (Betriebszeiten)
  - d. Fahrplan
  - e. Tarife
  - f. Fahrscheinvertrieb
  - g. Fahrzeugstandards
  - h. Fahrgastinformation
  - i. Informationen über den Ablauf des Vergabeverfahrens (beispielsweise durch Festlegung auf den Inhalt dieser Leitlinien)
  - j. Aufforderung zur Abgabe eines Dienstleistungsangebotes
- (2) In Vergabeunterlagen, die Linienverkehre innerhalb eines Verbundtarifes betreffen, sind zusätzlich aufzunehmen:
- a. Darstellung des Verbundtarifes
  - b. Darstellung der Verbundregularien, insbesondere des Verfahrens zur Aufnahme neuer Betreiber
  - c. bei der Neuvergabe bereits vorhandener Verkehre die bisher erzielten Fahrgeldeinnahmen
  - d. Darstellung des verbundinternen Einnahmeverteilungsverfahrens, insbesondere im Hinblick auf die Berechnung der auf den Linienverkehr nach der Betriebsübernahme entfallenden Einnahmen

- e. soweit der Einnahmeverteilung Verkehrserhebungsdaten zu Grunde liegen, die zur bisherigen Verkehrsleistung erhobene Linienstatistik
- (3) Die Vergabeunterlagen werden allen interessierten Unternehmen auf Anforderung zugesandt. Sofern eine Bereitstellungsgebühr erhoben wird, erfolgt der Versand erst nach vollständigem Eingang des abverlangten Betrages.
- (4) Rückfragen zu den Vergabeunterlagen werden von dem Aufgabenträger spätestens drei Wochen vor Ablauf der Antragsfrist gegenüber allen Unternehmen beantwortet, die die Vergabeunterlagen angefordert haben, sofern sie spätestens vier Wochen vor Ende der Antragsfrist bei ihm eingegangen sind.

### **§ 3 Dienstleistungsangebot**

Mit Abgabe eines Dienstleistungsangebotes soll sich das Unternehmen verpflichten, die Verkehrsleistungen zu den im Angebot dargelegten Bedingungen, dem geforderten Zuschuss, den in den Vergabeunterlagen vorgegebenen Anforderungen und den im Rahmen des Angebotes über diese Anforderungen hinausgehenden Qualitätszusagen unter Einhaltung des Fahrplans zu erbringen.

### **§ 4 Präzisierung der Mindestanforderungen**

Erkennt der Aufgabenträger anhand der eingereichten Angebote oder durch anderweitige Informationen, dass die Anforderungen im Interesse einer optimalen Verkehrsgestaltung präzisiert werden sollten, teilt er allen am Vergabeverfahren beteiligten Unternehmen die präzisierten Anforderungen mit und setzt eine Frist von max. vier Wochen, bis zu der die eingereichten Anträge von allen Anbietern nachgebessert werden dürfen. Diese Nachbesserung darf sich nur auf diejenigen Aspekte des Dienstleistungsangebotes beziehen, die unmittelbar durch die Änderung der Anforderungen betroffen sind.

### **§ 5 Vergabeentscheidung**

- (1) Der Aufgabenträger schließt den Auftrag über eine öffentliche Dienstleistungskonzession mit dem Unternehmer, der das beste Dienstleistungsangebot im Sinne des öffentlichen Verkehrsinteresses unterbreitet hat.
- (2) Der Aufgabenträger trifft die Auswahlentscheidung nach pflichtgemäßem Ermessen anhand objektiver Kriterien, die in den Vergabeunterlagen darzustellen sind.
- (3) Die Auswahlentscheidung nach Abs. 2 ist gegenüber allen Unternehmen, die Dienstleistungsangebote abgegeben haben, schriftlich zu begründen.